

- S. 3 RTR E. V. MITGLIEDER-
INFORMATION
- S. 4 RENTENUNRECHT
- S. 5 ZIEH IN DEN KRIEG
- S. 6 GRÜNBUCH
- S. 8 SPD-POLITIKER
FORDERN EINE ANDERE
RUSSLAND-POLITIK

80. Jahrestag der Gründung der Volkspolizei

Erinnerungen an meine Dienstzeit - Oberstleutnant der VP Ernst Hornig

1946 erließ die Sowjetische Verwaltung den Befehl zur Schaffung weiterer bewaffneter Organe. Mit Befehl Nr. 212 wurde am 30.06.1946 die Deutsche Verwaltung des Innern (DVdI) geschaffen. Sie erhielt u. a. die Aufgabe zur Schaffung einer Bereitschaftspolizei. Mit Gründung der DDR entstand das MdI. Ihm unterstanden 10 Bereitschaften mit je 3 Abteilungen, etwa 16.000 Angehörige. Einige Bemerkungen zu den Maßnahmen der DDR am 13. August 1961:

Mit Befehl Nr. 21/61 des Ministers des Inneren vom 06. Juni 1961 "Zur Erhöhung der Sicherheit der Hauptstadt der DDR" ist ein Sicherungskommando beim PdVP Berlin und die 1. Mot.-Brigade der Bereitschaftspolizei (BP) in Basdorf zu bilden. Unter strenger Geheimhaltung bereiteten unter Leitung von Erich Honecker, seinem Stabschef, dem späteren Generalleutnant und Präsidenten der VP Berlin Werner Gröning, und dem Kommandeur der 1. Mot.-Brigade Berlin, Oberstleutnant d. VP Johannes Wahner mit einem kleinen Stab im Präsidium der VP Berlin den Einsatz zur Sicherung des Innenringes der Grenze zu Westberlin vor. Durch Zuführung von Kräften von allen Bereitschaften nach Berlin, unter verschiedensten Legenden zur Eingliederung in die 1. Mot.-Brigade, erreichten die Einsatzkräfte die Stärke von 11.034 Mann. Der Kommandeur der 1. Mot.-Brigade erhielt am 12. August 1961 den Befehl Nr. 009/61 des Ministers des Innern für den Gesamteinsatz. Darin wurde die Aufgabe gestellt, ab 13. August 1961, 01.00 Uhr, die Westgrenze des demokratischen Berlins gegen jegliches unkontrolliertes Eindringen zu sichern, ein unkontrolliertes Verlassen nach Westberlin zu verhindern und dazu ein zuverlässiges Sperrsystem entlang der 44,75 km langen Staatsgrenze d.h. von Pankow (Stadtgrenze) bis Treptow/Altglienicke (Stadtgrenze) zu schaffen. Die Bildung der VP-Bereitschaften (VPB) der DDR 1962: Die an der Staatsgrenze zu Westberlin eingesetzten Kräfte wurden Ende 1961/1962 schrittweise verringert und in die Stammdienststellen zurückgeführt. Für einen Teil der VP-Kräfte erfolgte die Übernahme in die Grenzpolizei bzw. Grenztruppen. Mit Befehl des Ministers des Innern Nr. 25/62 vom 27. Januar 1962 sind die Aufgaben zur Reorganisation der Bereitschaftspolizei gestellt worden. Aus den

bisher bestehenden Bereitschaften entstanden 21 VPB mit je fünf Kompanien im Unterstellungsverhältnis der Chefs der Bezirksbehörden der Volkspolizei (BDVP) bzw. des Präsidenten der VP Berlin. In allen Bezirken gab es eine oder mehrere VPB. Für Berlin wurden in Basdorf drei VPB geschaffen. Mit dem Gesetz vom 24. Januar 1962 zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht kamen auch Wehrpflichtige zu den VPB, erstmals im Mai 1962. Die VP-Bereitschaften sind kasernierte, ständig einsatzbereite, allseitig ausgebildete, nach militärischen Prinzipien organisierte und geführte Polizeieinheiten in Bataillonsstärke. (sinngemäß der Befehl des Ministers). Alle VPB erhielten eine Truppenfahne und einen Namen von verdienstvollen Persönlichkeiten des antifaschistischen Widerstandes.

Zu meiner Dienstzeit:

Ich habe vorrangig in den VPB gedient. Nach der Ausbildung zum Offizier wurde ich in die 15. VPB „John Schehr“ Eisenhüttenstadt versetzt und war als Zugführer, später Kompaniechef eingesetzt. Der Aufbau in Eisenhüttenstadt war für mich etwas Besonderes. Als Kind und Jugendlicher erlebte ich das Elend von etwa 30 Flüchtlingen in einem kleinen Dorf nahe Eisenhüttenstadt. Mit den Kindern ging ich ab 1950 zur Schule. Mit Holzpanzertoffeln, ohne Strümpfe, nur mit Hemd und Hose bekleidet, die Fibel und die Schiefertafel unterm Arm, bei Eis und Schnee ging es zum Unterricht. Das Frühstücksbrot zu teilen wurde zur Gewohnheit. Dann kam Hoffnung. Schrittweise erhielten alle Flüchtlinge Arbeit, und damit Lohn, und später eine Wohnung in Eisenhüttenstadt. Diese Erlebnisse haben mich geprägt und ich bin stolz, in dieser Stadt meinen Dienst zu versehen. Die Hauptaufgaben der VPB waren die Einsatz- und Gefechtsausbildung des Personalbestandes nach einem 18-Monate-Programm. Als Reserve der BdVP war die ständige Einsatzbereitschaft zu garantieren. Woran erinnere ich mich besonders? Mein erster Einsatz war an der Bernauer Schleife zur Sicherung des Trainings und des Auto- und Motorradrennen am 18. und 19. Mai 1965. Viele Einsätze der 2. Kompanie und der 15. VPB sollten folgen, u. a.: Katastropheneinsatz Verschiebe-

bahnhof Frankfurt, Hochwassereinsatz Schwedt/O. Teilnahme an Fahndungseinsätzen zur Suche von Kindern, älteren Personen sowie Straftätern, die flüchtig wurden, besonders im Raum Eberswalde, Bad Freienwalde, Niederfinow. Nach dem Besuch der Militärakademie „Friedrich Engels“ in Dresden von 1971 bis 1974 erfolgte meine Versetzung in die 2. VPB „Erich Weinert“ nach Stralsund als Stellvertreter des Kommandeurs und später als Stabschef. Zwei Ereignisse sind mir besonders in Erinnerung geblieben: 1976/77 gab es im KKW Greifswald eine Havarie, die sich auf die Elektroanlage bezog. Wir, als VPB hatten die Aufgabe, mit erheblichen Kräften wochenlang Sicherungsaufgaben innerhalb des Betriebsgeländes zu erfüllen. Im Überseehafen erfolgten in meiner Stralsunder Zeit mehrere Einsätze. Es ging immer um Millionen für die Volkswirtschaft. Aber auch der Klassenkampf spielte eine Rolle. Zum Jahresende 1977 mussten wir einen Frachter mit verschimmelten Südfrüchten per Hand entladen. Eigentlich sollte das Löschen der Fracht in Hamburg passieren, aber die BRD zahlte lieber die Vertragsstrafe. So kamen diese Südfrüchte für die Bevölkerung unseres Landes nicht an, denn der Frachter lag längere Zeit vor Hamburg auf Reede. Dadurch war die Ladung vernichtet. Zur Erhöhung der Feuerkraft erhielten die VPB Flakgeschütze. Das Schießen auf Luftziele war nur in Zingst in den Sundischen Wiesen (TÜP NVA) möglich. Ich selbst war 1976 und 1977 für etwa vier Wochen als Leiter Gefechtsschießen kommandiert. Alle 21 Flakzüge verlegten per Landmarsch oder per Eisenbahntransport nach Norden und bezogen das Truppenlager der NVA. Mit Unterstützung der NVA-Kommandantur haben alle Flakzüge die Berechtigung zum Schießen auf Luft- und Erdziele erreicht.

Nach kurzer Einarbeitungszeit in die Bedingungen in Berlin übernahm ich zu Beginn 1978 als Kommandeur die 18. VPB „Heinrich Rau“ in Basdorf. Ich war stolz und überrascht, dass man mir



Ernst Hornig

diese Aufgabe übertrug. Es gab Beziehungen zur Vergangenheit. Der damalige Mitarbeiter zur Vorbereitung der Sicherungsmaßnahmen zum 13. August 1961, Werner Gröning, war jetzt Präsident der Volkspolizei Berlin und mein Vorgesetzter. Der Kommandeur der 1. Mot.-Brigade, Hans Wahner, war einer meiner Vorgänger, Kommandeur der 18.VPB ab Gründung am 15.12.1962, bis er aus Altersgründen ausschied. Es ist schon ein schönes Gefühl, wenn einem in der Dienstzeit solche Persönlichkeiten begegnen. Viele weitere Staatsbesuche in Berlin forderten uns mit Sicherungsaufgaben, darunter auch der Besuch von Valery Bykowski und Sigmund Jähn, Besuche von Leonid Breschnew, Muammar Gaddafi. Bundeskanzler Schmidt u.a. Doch erst kam einmal der Winter 1978-1979. Der Witterungsumschwung von plus auf tiefe Minusgrade, verbunden mit größeren Mengen Schnee verlangte unsere ganze Kraft. Erste Hilferufe kamen vom Kraftwerk Klingenberg. Die eingesetzten Kräfte haben mit Brechstangen die festgefrorene Braunkohle in den Eisenbahnwaggons gebrochen. Ein Kippen der Waggons war nicht möglich. Das war absoluter Schwerpunkt, denn Eine Abschaltung des Energie- und Heizungsnetzes musste unbedingt verhindert werden, denn das wäre für Berlin (einschl. WB) eine zusätzliche Katastrophe. Weitere Fernschreiben mit Kräfteanforderungen gingen ein (z.B):

BVB: 20 Schlosser für Reparaturbrigaden für Straßenbahnen (zerfrorene Elektromotoren) und Busse, Großhandel /OGS/ WTB: Kraftfahrer mit und ohne KFZ, Beifahrer zur Belieferung der Verkaufsstellen Berlins, (Salzbelieferung); Schneeberäumung an wichtigen Straßenkreuzungen sowie S- und U-Bahn Zugängen, Befehl zum Einsatz von Kreuzungskommandanten: Regulierung und Freihalten der Kreuzungen von Schnee und Eis. Ein besonderes Erlebnis für alle Beteiligten waren die Vereidigungen der einberufenen Wehrpflichtigen aller Berliner VPB am Ehrenmal in Berlin-Treptow im Beisein der Angehörigen, von sowjetischen Genossen vom Regiment nebenan und allen Partnern der Einheiten und Hunderten von Zuschauern. Es ist schon eine Ehre, das Zeremoniell der Vereidigung an solch einer Stätte zu kommandieren.

Nach Beendigung meiner Wehrdienstzeit wurde ich als Stellvertreter des Leiters der VP - Inspektion (VPI) Berlin-Treptow eingesetzt. Neben der Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit hatte die VPI auch die Hinterlandsicherung der 14 km langen Staatsgrenze als ständige Aufgabe zu realisieren. Woran erinnere ich mich besonders? In Zusammenarbeit mit dem Zentralrat der FDJ hatten wir die Veranstaltungen (ca.10 Tage) zum jährlichen Rocksommer zu sichern. Konkret ging es um die Konzerte auf der Insel der Jugend. Da zu dieser Insel nur ein Zu - bzw. Abgang über die einzige Brücke vorhanden war, mussten hohe Sicherheitsauflagen zur Sicherheit der ca. 3000 Konzertbesucher erfüllt werden. Als Leiter der Einsätze vor Ort kann ich einschätzen,



dass ein diszipliniertes Publikum anwesend war. Im Rahmen der Feierlichkeiten anlässlich des 750-jährigen Bestehens von Berlin plante der Zentralrat der FDJ, im September 1987 auf der Sommerwiese des Treptower Parks zwei Rockkonzerte mit jeweils 81 000 Konzertbesucher durchzuführen. Der VPI wurde der Sicherungseinsatz übertragen. Die Konzerte mit Bob Dylan am 17. September und das zweite Konzert ca. 14 Tage später mit der britischen Rockgruppe Barkley James Harvest waren mit jeweils mehr als 100 000 Konzertbesuchern ein voller Erfolg.

Besonders in den letzten Wochen vor der Öffnung der Grenzübergangsstellen hatten wir als VPI einen Einsatzschwerpunkt: In der Plessakirche in der Plessastraße führte Pfarrer Hülse sonntags Nachmittag Sonntagsgespräche durch. An diesen Veranstaltungen nahmen „Persönlichkeiten“ aus der BRD u.a. westlichen Ländern teil. Das bedeutete zusätzliche Polizeikräfte vor Ort, um die Sicherheit der „Gäste“ zu gewährleisten. An zwei Sonntage, wo ich persönlich vor Ort war, kann ich mich gut erinnern. Es fuhr der US- Botschafter vor. Ein anderes Mal war der Botschafter der BRD (Alois Bräutigam) Gast bei Pfarrer Hülse.

Nach Öffnung der Grenzübergangsstellen ließ das bundesdeutsche System nicht lange auf sich warten. Kurz vor dem Jahresende 1989 gab es eine Schmiererei größeren Ausmaßes am Ehrenmal in Treptow. Die Genossen der Kriminalpolizei leisteten eine gute Arbeit. Die Spur der Täter führte nach Westberlin. Auf die Antwort auf das Amtshilfeersuchen an die Polizei in Westberlin warten wir noch heute.

Monate später, etwa Januar 1990, ging bei der VPI die Meldung über eine Bombendrohung im Gästehaus des MdI Berlin-Johannisthal am Großberliner Damm ein. Als Leitungsdienst der VPI erhielt ich den Befehl zur Führung dieses Einsatzes. Die Kräfte der Feuerwehr, Kriminalpolizei, Suchhundestaffel, Schutzpolizei waren schnell vor Ort. Stundenlange intensive Suche ergab: keine Sprengmittel. Zu bemerken ist, dass wir diese Form der Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nicht kannten. Doch es sollte weiterge-

hen. Wochen später, Sonntagvormittag, Bombendrohung Kulturpark Plänterwald Riesenrad. Als ich vor Ort eintraf, waren die Einsatzkräfte bereits bei der Suche. Was tun, denn um 13.00 Uhr sollte das Riesenrad angefahren werden. Vor dem Eingangstor haben sich bereits etwa 100 Besucher mit Kindern eingefunden. Für alle Eventualitäten habe ich weitere Kräfte zur Suche angefordert, veranlasst, dass das DRK zum Einsatzort kommt und weitere Kräfte in Bereitschaft versetzt werden. Die Zeit lief. 12.45 kurze Beratung mit den Einsatzleitern der Suchkräfte. 12.50 Uhr teilte ich der Leitung des Kulturparks mit, dass um 13.00 Uhr geöffnet werden kann. Alle Einsatzkräfte blieben noch vor Ort. Wohl war mir dabei nicht, aber es ging nach viel Aufregung alles gut. Gegen 15.00 Uhr entließ ich die Suchkräfte. Um für die Einheitsfeier eine einheitliche Führung aller Polizeikräfte zu haben, wurde beschlossen, die Polizei Ost und West am 01. Oktober 1990 zusammen zu führen. Um es klar zu sagen: das war keine Zusammenführung, sondern ein Überstülpen der Westberliner Führung. Pünktlich um 13.00 Uhr stand die neue Führung vor der Tür der VPI. Der neue Leiter des Abschnittes, wie es jetzt hieß, Oberrat J. stellte sich und auch seine Mitarbeiter vor. Danach beurlaubte er die gesamte Führung der VPI. Nur der Kaderleiter und ich erhielten die Weisung, bis auf Weiteres im Dienst zu bleiben. Der Personalbestand an Offizieren und Wachtmeistern verblieb vorerst im Dienst. Das hat etwa 10 Minuten gedauert. An Auskunftsbereichten, Lagekarten oder Ähnliches war kein Interesse. Der Leiter der VPI und weitere Offiziere der Leitung mussten umgehend die Dienststelle verlassen. Nach den „Feierlichkeiten“ setzte die Bundesdeutsche Wirklichkeit ein. Was meine ich? Das ABV-System wurde aufgelöst einschließlich der Kündigung der ABV-Dienstzimmer. Für die Kindereinrichtung für je 36 Krippen- und Kindergartenkinder erfolgte die Schließung. Die Einrichtungen der Verpflegungs- und Pausenversorgung der Dienststellen und Stützpunkte wurden, außer Feuerwehr, geschlossen. Die Westberliner Polizei kennt keine Verkehrspolizei, das Pass- und Meldewesen wurde ausgegliedert, die Feuerwehr gehörte nicht mehr zur Polizei. Es erfolgte die Entlassung der Zivilbeschäftigten (konnten sich wieder bewerben, ohne Erfolg). Das Aufgeführte und vieles mehr verlangte einen Umfang an Aktivitäten, wie Kündigung von Verträgen, Vertragsveränderungen usw. Mir war sehr bald bewusst, warum ich noch bleiben „durfte“. Nachdem alle Messen gesungen waren, erhielt ich am 11. September 1991 durch einen Gerichtsvollzieher zu Hause meine Entlassung zum 31. Oktober 1991.

Vieles wäre noch zu berichten, aber dazu reicht der Platz nicht. Ich möchte allen Wachtmeistern, Unterführern und Offizieren, die mir unterstellt waren, danken. Denn wir haben gemeinsam immer für eine hohe öffentliche Sicherheit und Ordnung im Interesse unserer Menschen gesorgt. (redaktionell gekürzt)



RTR e. V. Mitgliederinformation Juni 2025

Liebe Mitglieder, sehr geehrte Damen und Herren, unser Verein „Runder Tisch Rentengerechtigkeit“ besteht nun zwei Jahre. Wir, der Vorstand, möchten uns bei allen Mitgliedern für das Vertrauen und die Unterstützung bedanken. Der Kampf um einen Gerechtigkeitsfonds wird fortgesetzt, auch wenn im jetzigen Koalitionsvertrag der Bundesregierung auf unsere berechtigten Forderungen kein Bezug genommen wurde.

Veranstaltungen und Aktivitäten

Unser Strategiepapier 2023-2026 ist auf unserer Homepage



www.rundertischrentengerechtigkeit.de

nachlesbar und gilt weiterhin; d. h. wir machen auch weiterhin Druck auf die Politik!

Die Mitgliederversammlung im Oktober 2024 hat dieses Programm nochmals bestätigt (Resolution als Anlage).

Mit der vorgezogenen Bundestagswahl 2025 haben wir folgende Aktivitäten veranlasst:

- Am 08.01.2025 fand eine Beratung mit dem DGB, Abt. Sozialpolitik, und Vertretern der Einzelgewerkschaften ver.di und EVG in Berlin statt, mit dem Ziel, diese Organisationen für die Schaffung eines Gerechtigkeitsfonds zu gewinnen. Das Ergebnis war positiv!

- Im Vorfeld hatten wir im Dezember 2024 die Parteivorstände aller demokratischen Parteien, die im Bundestag vertreten waren, angeschrieben und unseren „Vorschlag für das Bundestagswahlprogramm 2025

- Gerechtigkeitsfonds für die Berufs- und Personengruppen“ zugesandt. Dabei haben wir Bezug auf unsere Resolution vom 24.10.24 „34 Jahre Wiedervereinigung – noch immer grundgesetzwidrige Benachteiligung der Ostrentner“ genommen:

- Am 17.03.25, also nach der BT-Wahl, haben wir erneut die Parteivorstände der CDU und SPD sowie die BT-Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD und die Mitglieder des Deutschen Bundestags aus den NBL schriftlich kontaktiert. Unsere Forderung an sie war, das Thema Gerechtigkeitsfonds in dieser Legislaturperiode zu regeln. Beigefügt hatten wir den Entwurf eines entsprechenden Antrags an den Deutschen Bundestag (siehe Anlage). Allerdings gab es fast keine Reaktion seitens der angeschriebenen Politiker.

- Das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen hat ergeben, dass unsere Forderungen im neuen Koalitionsvertrag keine Berücksichtigung fanden.

- Die CDU-Verhandlungsgruppe wollte den Härtefallfonds nochmals öffnen und die Zugangskriterien verändern. Seitens der SPD-Koalitionäre wurde dies abgelehnt mit der Begründung, man wolle die Menschen nicht noch einmal enttäuschen. Was im Jahr 1992 schiefgelaufen ist, könne man nicht mehr zurückdrehen.

- Nun steht die Frage, ob es eine Chance gibt, den Gerechtigkeitsfonds in die Agenda der geplanten „Rentenkommission“ zu platzieren.

Auf der Vorstandssitzung am 15. Mai 2025 wurde folgende Strategie beschlossen:

Phase I:

- Kontaktaufnahme mit der Staatsministerin Elisabeth Kaiser (Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland) mit gleichzeitiger Einladung für die Mitgliederversammlung am 23.10.2025 in Leipzig

- Kontaktaufnahme mit Bundeskanzler Merz und der Parteizentrale der CDU, dem Vizekanzler und Finanzminister Klingbeil sowie der Sozialministerin Bas

- Schreiben an den Petitionsausschuss, mit der Mahnung, unsere Petition aus 2023 nun endlich zu beraten.

Phase 2:

- Die Ergebnisse aus der Phase I werden wir in den Vorstandssitzungen im Juli und September 2025 analysieren und im Oktober 2025 in der Mitgliederversammlung des RTR e. V. beraten.

Mitgliederversammlung am 23.10.2025 in Leipzig (Einladung erfolgt gemäß Satzung)

Die Mitgliederversammlung muss gemäß Satzung einen neuen Vorstand wählen, d. h. Interessenten können sich bereits jetzt melden!

Weiterhin muss die Antragstellung einer Gemeinnützigkeit (Satzungsänderung) erneut beraten werden.

Auch über die Zukunft des Vereins „Runder Tisch Rentengerechtigkeit“ sollten wir gemeinsam diskutieren.

f.d.R.d.Info: Dietmar Polster / Dr. Klaus-Dieter Weißenborn

Mitgliederversammlung der TIG Rügen am 31. Mai 2025

Die TIG Rügen hat die gleichen Probleme wie alle anderen TIG in unserer ISOR - schrumpfende Mitgliederzahl und zunehmende gesundheitliche Probleme.

Unser geschätzter und geachteter Vorsitzender Manfred Pietschmann, musste wegen ernster gesundheitlicher Probleme dieses Amt niederlegen. Gleichzeitig sind auch die anderen Vorstandsmitglieder aus dem Vorstand ausgetreten, aus den eben genannten Gründen. Das älteste Mitglied ist 93 Jahre alt und das jüngste 64 Jahre, sodass sich zunächst kein Mitglied gefunden hatte, diese Arbeit zu übernehmen. Unsere TIG stand so vor der Auflösung.

Unter diesen Umständen habe ich mich bereit erklärt, den Vorsitz bis zur Wahl eines neuen Vorstandes zu übernehmen. In kurzer Absprache mit unserem ehemaligen Vorsitzenden und unserem Landesbeauftragten für MV, Armin Lai, haben wir uns zu diesem Weg entschlossen. Ich habe mein halbes Leben in der DDR gelebt und die andere Hälfte in Deutschland. Mit Vor- und Nachteilen in beiden Systemen.

Meine Lebenserfahrung in der DDR haben mir gezeigt, dass der Versuch, einen sozialistischen Staat zu gestalten, der richtige Weg und das jetzige kapitalistische der falsche Weg ist.

Wir standen und stehen für ein menschengerechtes, solidarisches, humanistisches, den Völkern zugewandtes und Frieden erhaltendes System.

Frei von Kriegen, Unterdrückung, Dekadenz, frei von Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und für eine, den Leistungen entsprechende Verteilung der erwirtschafteten Güter. Mit Privateigentum, aber ohne Kapitalanhäufung einiger Weniger.

Dies ist der richtige Weg, um der Menschheit eine friedliche und sich weiter entwickelnde Zukunft zu ermöglichen. Das ist es, wofür wir gelebt und gekämpft haben.

Leider wurden zu viele Fehler gemacht und die wirtschaftliche Übermacht des Kapitalismus hat dazu beigetragen, dass unser Traum und unser Ziel nicht erreicht werden konnten.

Jeder hat Fehler gemacht, jeder in seinen Verantwortlichkeiten. Aber der Mensch macht immer

Fehler. Es kommt darauf an, aus diesen Fehlern zu lernen und die richtigen Schlüsse zu ziehen. Leider hat die Geschichte gezeigt, dass das nicht der Fall war.

Aus all diesen genannten Gründen wollte und musste ich aus der zweiten Reihe hervortreten und den Vorsitz übernehmen und damit zeigen, dass wir da sind, dass diese Idee nicht verschwindet und den Älteren Gewissheit geben, dass es immer Menschen gibt, die diese Idee eines Sozialismus weiter vertreten und verteidigen werden.

Das Gefühl, einer Gemeinschaft Gleichesinnter anzugehören, wird das Gefühl der Vereinsamung nicht aufkommen lassen.

Unsere Mitgliederversammlung war ein voller Erfolg. Für den neuen Vorstand -Andreas Hoffmann, (64) Vorsitzender und Olaf Westphal, (71) Stellvertreter, stimmten 23 Mitglieder. Es gab keine Gegenstimmen. Unsere TIG wird weiter bestehen und den Kampf gegen das Rentenstrafrecht, für Frieden und soziale Gerechtigkeit fortsetzen.

*Andreas Hoffmann
Vorsitzender der TIG Rügen*

Leserbrief zu ISOR aktuell 5-2025, S. 5

Vergessene Helden

In besagter Ausgabe las ich den Beitrag von Norbert Staffa aus Zschopau. Er hat mich sehr berührt, weil ich über die Familie meines Mannes auch Verwandtschaft in Zschopau habe und dort natürlich öfter zugegen war. Von einem Stalag, „Lazarettlager“ und Friedhof ehemaliger sowjetischer kriegsgefangener Zwangsarbeiter hatte ich keine Ahnung. Das Thema selbst beschäftigt mich als ehemalige SU-Studentin schon lange. Den lange geführten Kampf um die Anerkennung der ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen als zu entschädigende besondere Opfergruppe, den u. a. DIE LINKE wie auch der in Westberlin beheimatete Verein „Kontakte-Kontakty“ e. V. führte, unterstützte ich mit regelmäßigen Spenden an den Verein, der aus privaten Spendenmitteln vorläufige „Entschädigungsleistungen“ über Jahre an die inzwischen sehr betagten, oft sehr kranken und verarmten Menschen leistete, weil die Bundesregierung sich lange sträubte. Ich übermittle, falls noch nicht bekannt, eine Kontaktadresse zum Verein. Vielleicht hat die IG Erinnerungskultur Interesse, den Kontakt zu ihm aufzunehmen. Es gibt auf der Webseite des Vereins die sogenannten „Freitagsbriefe“ der Bedachten bzw. ihrer Familienangehörigen, oft mit ihren Leidensgeschichte in der Gefangenschaft. Außerdem hatte der Verein eine Wanderausstellung mit Portraits und Lebensberichten erstellt, die u.a. bei uns in Cottbus gezeigt wurde. kontakte-kontakty e. V., eMail info@kontakte-kontakty.de

Mit solidarischen Grüßen

Sonja Newiak, Cottbus, 08.06.2025

»Stolpern in den Weltkrieg«

Wie wünschst du dir die Sonne,
Des Wetters wegen kaum.
Ach, könnt' die Regentonne
Dir spenden einen Traum.

Geflohen scheint der Frieden
Aus Menschenherzen längst
Und Kriegsgedanken sieden,
Egal, woran du denkst.

Womöglich schon im Frühling nun
Bleibt Ängsten nur ein Wort:
Krieg mordet jeden Ort.

Sei's drum, daß nunmehr wir nicht ruh'n
Vereint, weil nimmer Waffen
Für Deutschland Frieden schaffen!

E.Rasmus

Rentenunrecht

Sehr geehrte Frau Mewes,

bei einer Bibliotheksausleihe des Buches mit dem schwammigen Titel „Freiheit“ der Ex-Kanzlerin Merkel erfuhr ich zu meiner Überraschung, dass ich schon seit 1999 eine viel höhere Rente erhalte, als mir monatlich real überwiesen wird. Auf Seite 203 ist da zu lesen: „Demgegenüber hat das Bundesverfassungsgericht 1999 entschieden, dass Bezieher von

ISOR Sozialverein e.V.
Initiativgemeinschaft zum Schutz
der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und der Zollverwaltung
der DDR

Deutscher Bundestag
Frau Dr. Angela Merkel
Bundeskanzlerin a.D.
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrte Frau Dr. Angela Merkel,

In Ihrem Buch „Freiheit. Erinnerungen 1954 – 2021“ schreiben Sie auf Seite 203:

„Demgegenüber hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) 1999 entschieden, dass Bezieher von Sonder- und Zusatzrenten aus der DDR diese auch in der Bundesrepublik erhalten. Zu diesem Personenkreis gehören....., Beschäftigte der Staatssicherheit....sowie Leiter von Kombinat und Betrieben.“

Tatsächlich hat das BVerfG 1999 entschieden, dass die Kürzung der Renten der Angehörigen der NVA und Grenztruppen der DDR sowie der Angehörigen des Ministeriums des Innern der DDR bis zur Beitragsbemessungsgrenze (und nicht in der Höhe, die ihren individuellen Einzahlungen entspricht) sowie die Renten der Angehörigen des MfS (bis dahin begrenzt auf max. 0,7 Rentenpunkte) auf mindestens einen Rentenpunkt anzuheben sind. Das BVerfG sagt in Folge weiter, dem Gesetzgeber steht es frei, die Grenze bis zur Beitragsbemessungsgrenze anzuheben. Bei dieser 1999 festgelegten Obergrenze von max. 1,0 Rentenpunkten ist die Rentenstrafe für alle Angehörigen des MfS bis heute geblieben. Weit mehr als 30 Jahre nach der „Wiedervereinigung“.

Damit werden die individuellen Zahlungen für eine Altersvorsorge dieser Gruppe vom Menschen bis zum heutigen Tag ignoriert und rechtswidrig einbehalten. Die rechtfertigten Behauptungen 1999, u.a. dass Qualifikation zu überhöhten Einkommen geführt habe, ist hinreichend widerlegt worden (Gutachten

Sonder- und Zusatzrenten aus der DDR diese auch in der Bundesrepublik erhalten. Zu diesem Personenkreis gehören....., Beschäftigte der Staatssicherheit....sowie Leiter von Kombinat und Betrieben.“ Ich denke, dass sich unser Verein mit dieser m. E. unwahren Darstellung der ehemaligen Kanzlerin befassen muss und bitte um eine Information zum weiteren Vorgehen, da es ja nicht nur mich betrifft. In Erwartung einer Antwort grüßt freundlich.

Hans-Dieter Ternies,
Berlin, 08.06.2025

Franz- Mehring- Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: 030 2978 43 16
Fax: 030 2978 43 20
Email: isor-berlin@t-online.de
Internet: www.isor-sozialverein.de/
Berlin, 10.06.2025

Prof. Dr. Dr. Detlef Merten sowie Gutachten von Dr. Miethe und Prof. Dr. Weißbach).

Bei den nachfolgenden Klagen bis hin zum BVerfG hat dieses immer aufs Neue betont, dem Gesetzgeber stehe es frei, die Begrenzung entsprechend des Urteils von 1999 bis zur Beitragsbemessungsgrenze anzuheben.

Mit Ihrer Aussage in Ihrem Buch erwecken Sie den Eindruck, diese Rentenstrafe gäbe es seit 1999 nicht mehr.

Die Gesamtheit der Sonder- und Zusatzrenten der DDR wird bis heute nicht gewährt. Die verschiedenen Berufsgruppen, denen seit 1990 die Zahlungen entzogen worden sind, haben sich in dem Verein „Runder Tisch Rentengerechtigkeit e. V.“ (RTR e. V.) zusammengefunden.

Eisenbahner bis hin zu den Balletttänzern und -tänzerinnen sind im RTR e. V. vereint und umfassen alle Gruppen derer, die in der DDR Ansprüche auf Zusatz- und Sonderleistungen erworben haben, denen diese aber NICHT gewährt werden. Der RTR bot wegen des Kreises der inzwischen Hochbetagten (die Mehrheit ist verstorben) an, dass durch eine Einmal-Zahlung zumindest eine Anerkennung der Lebensleistungen erfolgen sollte. NICHTS ist geschehen.

Ich bitte Sie, mir zu diesem Sachverhalt eine Antwort zu erteilen.

Ich erlaube mir, Dietmar Polster, dem Vorsitzenden des Vereins RTR, von diesem Brief zeitgleich in Kenntnis zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Bonatz, Vorsitzender ISOR e. V.

Zieh in den Krieg



Patrik Baab appelliert an den 16-jährigen Theo, der in einer Talkshow angab, in seiner Freizeit Orgel zu spielen, nun aber entschlossen sei, zur Bundeswehr zu gehen.

Viele hat man zum Militär gezwungen — immer wieder gibt es aber auch junge Menschen, die freiwillig „dienen“. Was soll man ihnen als erfahrener Mensch sagen? Wirklich hindern kann man sie nicht daran. Patrik Baab, der der Realität des Krieges in der Ostukraine und anderswo sehr nahe kam, wählt den Weg einer paradoxen Empfehlung, die in Wahrheit eher eine Warnung ist: „Geh doch! Aber sei dir bewusst, wie unfassbar schrecklich Krieg ist.“ Diese Aussage schmückt Baab mit drastischen Details aus. Sein sachliches und zugleich sehr emotionales Gedicht ist auch an all jene gerichtet, die Krieg heute wieder als bewältigbare Option der Realpolitik verharmlosen.

ZIEH IN DEN KRIEG!

Patrik Baab appelliert an den 16-jährigen Theo, der in einer Talkshow angab, in seiner Freizeit Orgel zu spielen, nun aber entschlossen sei, zur Bundeswehr zu gehen.

von Patrik Baab

Du willst tun, was wirklich zählt? Dann mach's!
Geh zur Bundeswehr!

Du willst westliche Werte verteidigen,
unsere Freiheit, wie damals in Afghanistan?
Dann geh!

Ich bin alt. Ich werde dich nicht hindern.
Du willst wissen, was Krieg heißt? Dann geh!
Zieh in den Krieg!

Du willst dein Vaterland verteidigen? Dann geh!
Lass dir erzählen, dass die Russen kommen,
dass Putin morgen vor der Tür steht,
wenn wir ihn nicht heute im Donbass von uns halten!

Glaube, was sie dir sagen, denn wer nichts weiß, muss viel glauben,
und wer unserer Propaganda nicht glaubt,
betreibt das Geschäft unserer Feinde!
Lass dich aufhetzen gegen die Russen!
Geh! Augen zu und durch!

Geh dahin, wo die schwarze Erde jetzt schon
getränkt ist
Mit dem Blut Hunderttausender Ukrainer
und Russen.

Geh!
Auch über deinen Leichnam wird Gras wachsen.
Komm mit mir nach Donezk,
wo schon die Kinder lernen, was Krieg heißt,
wo dieser Krieg nicht 2022 begonnen hat, sondern bereits 2014, auf dem Maidan,

wo dieser Krieg mit den Morden des Rechten Sektors angefangen hat,
was du in der Schule nicht hörst, nicht in den Universitäten.

Komm mit mir in die Stadt,
wo jeder weiß, was es heißt,
in der Todeszone zu leben.
Wo Schulkinder beim Pausenklingeln unter den Tisch kriechen,
weil sie den nächsten Bombenalarm fürchten,
und wo sie nachts, in ihren Träumen, ein Leben lang dem Tod zusehen,
wie er seine Arbeit macht.
Komm mit mir nach Mariupol,
wo an der Kellerwand steht mit weißer Farbe:
Sdez Detje! Hier leben noch Kinder!
Aber der Keller ist ausgebrannt.
Hier lebt niemand mehr.

Wenn du erfahren willst, was Krieg heißt,
dann komm!

Wenn du mit mir kommen willst zur Kontaktlinie, komm!
Komm, wenn du durch ausgebrannte Fensterhöhlen in den Abgrund schauen willst,
wenn du im Straßengraben nicht pinkeln kannst, weil da Schmetterlingsminen liegen,
wenn du dich tagelang nicht waschen kannst, wenn die letzte Ration von Maden zerfressen ist und es sonst nichts mehr zu fressen gibt,
wenn du in feuchten Kellern mit anderen verdreckten und verstörten Menschen die schmierige Brühe aus der Heizung leckst,
wenn du nur Dreckwasser zu trinken hast, wenn du dir an diesem dreckigen, verseuchten Wasser die Ruhr holst,
wenn du über dem Donnerbalken schießen musst und wenn du kein Gras mehr findest, dir den Arsch abzuwischen,
wenn du am ersten, am zweiten, am dritten, am vierten, am fünften Tag immer noch dieselbe Unterhose trägst und der alte, verhärtete Kot sich darin sammelt,
wenn du nachts in deinem durchnässten Armeeparka im Dreck liegst und wenn du dir im Winter auf einer Pritsche im eiskalten Unterstand Erfrierungen holst,
wenn Läuse und Flöhe deine stinkende Uniform befallen,
wenn Myriaden von Wanzen sich an deiner Haut nähren,
wenn du die Krätze bekommst,
wenn dir der kalte, feuchte Schlamm, in dem du tagein, tagaus knöcheltief stehst, die Haut am Fuß bläulich grau färben und deinen Fuß allmählich abfaulen lässt,
wenn die amputierten, blutigen Grabenfüße auf einem Haufen im Dreck liegen,
wenn die Ratten an den Leichen nagen und die Krähen den Toten die Augen und Därme ausfressen,
wenn du die Trillerpfeife der Offiziere hörst,

wenn sie dich mit gezogener Pistole den Finger am Abzug auf die Leiter und aus dem Schützengraben ins Maschinengewehrfeuer jagen, in die Minenfelder,
wenn die Drohnen im Schwarm auf dich zugeflogen kommen,
wenn du nachts nicht schlafen kannst, weil die Verwundeten in den Stacheldrahtverhauen festhängen und stöhnen und nach ihrer Mutter flehen,
wenn du im Lazarett dich auf einem dreckigen Laken windest und dein Fuß juckt und du dich am Fuß kratzen willst, aber da ist kein Fuß mehr, weil dein Bein amputiert wurde,
wenn nur der Phantomschmerz dich daran erinnert, dass du einmal ein Bein gehabt hast, wo jetzt nur ein Stumpf in einem durchgebluteten Verband steckt,
wenn die Raketen dein Telefon anpeilen und in kalter Geometrie ihr Ziel erreichen,
wenn von deinem Panzer nur geschmolzenes Metall bleibt,
wenn du bei 1.400 Grad im Feuerball verglühst, dann weißt du, was Krieg heißt.

Also geh!

Hol dir diesen Geschmack von Freiheit und Abenteuer!

Geh und werde ein Held!

Geh, wenn Macht und Medien zusammenhalten wie Pech und Schwefel.

Gib dein Leben für jene, die dich dorthin schicken, aber selbst dorthin nicht gehen!

Hab' kein Mitleid mit dir selbst! Geh!

Geh in den Tod für jene, die Volksreden halten in TV-Quasselrunden, die in der Etappe bleiben oder im Bunker und ihre eigenen Kinder in den letzten Flieger setzen nach Übersee, überzeugte Transatlantiker, die sie sind.

Geh!

Wenn du fällst, werden die Börsenkurse steigen!
Also geh!

Aber vorher

schau sie dir an,
wie sie hinter ihren Schreibtischen sitzen in ihren Redaktionen und in der Kaffeetasche rühren,
die Maulhelden, die selbst ihre Kinder nicht in den Graben schicken,
schau sie dir genau an,
die Hasardeure und Hütchenspieler in der Regierung, die Taurus liefern wollen, aber sich selbst beim ersten Flintenschuss einfeuchten,
schau sie dir an,
die Rüstungsbosse, die Sektorkorken knallen lassen, während andere an ihren Waffen verbluten.

Schau sie dir genau an.

Denn du musst diesen Typen nur ins Gesicht sehen.

Grünbuch der zivilmilitärischen Zusammenarbeit (ZMZ) 4.0



Im Kriegsfall werden zuerst kranke & verletzte Soldaten behandelt, Zivilisten erst nachrangig. Deutsche Kriegsvorbereitung: Militärs, Ministerialbeamte & Geheimdienstler haben das Grünbuch erstellt

Es gelte jetzt, die «Resilienz» der Bevölkerung zu stärken – ihre Bereitschaft, die Zumutungen von Krisen und Kriegen zu ertragen. Die unumgängliche zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMZ) sei schon «in Schulen zu vermitteln». Einen entsprechenden «Mentalitätswechsel» in der Bevölkerung hat bereits vor einem Jahr der Generalinspekteur der Bundeswehr, Carsten Breuer, gefordert. Aus seiner Sicht muss die Bundeswehr «in fünf Jahren kriegstüchtig sein». Repressionen gegen Protest und Widerstand: Wie es im Grünbuch ZMZ 4.0 heisst, müsse im Krisen- und Kriegsfall zunächst der Transport von NATO-Truppen über die «Drehscheibe Deutschland» in Richtung Osten gesichert werden. Das Grünbuch-Szenario geht davon aus, dass die Kriegsvorbereitungen auf Widerstand im eigenen Land stoßen. Die Autoren warnen vor Sabotageakten, aber auch vor Protesten, die etwa eine Blockade von Bahngleisen beinhalten könnten. Ähnliches gelte für Häfen und Flughäfen. Um Sabotage und «allgemeine Unruhe» zu verhindern, sieht das Grünbuch umfassende Massnahmen der Repression vor...

Sandra Bubendorfer-Licht MdB
Leon Eckert MdB
Dr. André Hahn MdB
Dr. Günter Krings MdB
Ingo Schäfer MdB

GRÜNBUCH ZMZ 4.0

Zivil-Militärische Zusammenarbeit 4.0 im militärischen Krisenfall

Eine Situationsbeschreibung, Analyse und Handlungsempfehlungen

Arbeitskreis
Frieden 4/2025



Bezirk
Stuttgart

Grünbuch der zivilmilitärischen Zusammenarbeit (ZMZ) 4.0

Wie zivile Organisationen (Krankenhäuser, Rettungsdienste, Polizei) kriegstüchtig gemacht werden

Was ist das Grünbuch ZMZ 4.0? Während das Grünbuch ZMZ 3.0 Hilfe bei Umweltkatastrophen als Schwerpunkt hatte, geht es beim Grünbuch ZMZ 4.0 um konkrete Kriegsvorbereitung. Die dargestellte Bedrohungslage durch Russland (2030 erwarteter Angriff auf die Nato) soll die Unterwerfung ziviler Einrichtungen und Organisationen als Teil militärischer Massnahmen erleichtern. Verfasst wurde das Grünbuch von Militärs Vertreter von Bundes- und Landesministerien, Verfassungsschutzämtern und einer Beratungsfirma (PwC). Dabei geht man davon aus, dass Deutschland kein Frontstaat werde, sondern Drehscheibe für Transport von Soldaten und Kriegsmaterial und Versorgung von Verwundeten.

Das Grünbuch bekamen Rathäuser, Landratsämter, Landesregierungen und Bundesministerien, aber auch zivile Organisationen, die für die Kriegsvorbereitung eingespannt werden sollen.

Militarisierung der Krankenhäuser und des Gesundheitswesens

Die medizinische Versorgung muss für 60.000 Soldaten sichergestellt werden. Für die Verteilung sollen die Erfahrungen mit der Corona-Pandemie genutzt werden. Die Krankenhausbeschäftigten sollen ungefragt Teil der militärischen Kriegsdrohung werden. „Gesamtwirtschaftung als Aufgabe der Zivilgesellschaft und der Bundeswehr bedeutet für alle Akteure im Gesundheitswesen, ihren Beitrag zu leisten und am Bedarf der Streitkräfte zu planen...Die Wirksamkeit dieser Absicherung ist auch eine grundlegende Voraussetzung für die Motivation und das Vertrauen der eingesetzten Kräfte. (Grünbuch S. 32)“ Wenn Soldaten Kampfhandlungen überleben, sollen sie mit einer bevorzugten medizinischen Behandlung rechnen können. Das fördert die Kampfbereitschaft und macht die Kriegsvorbereitung glaubwürdiger. Dazu gehören auch Katastrophenschutzorganisationen ambulante Versorgungseinrichtungen, Apotheken, Arztpraxen, Kassenärztliche Vereinigungen, Gesundheitsämter und Rehabilitationseinrichtungen. Dabei sollen aber die Mängel in diesen Bereichen, die bereits in Friedenszeiten zu Tage getreten sind, nicht beseitigt werden. Es soll die Versorgung der verletzten Soldaten vorrangig, zu Lasten der Zivilbevölkerung.

Das Verletztenzenario
Laut der Zeitschrift Wehrmedizin und Wehrpharmazie (2/2023) S.38 ist bei Kampfhandlungen mit bis zu 1.000 zusätzlichen Patienten pro Tag zu rechnen, 33,6 % intensivpflichtig, 22 % stark pflegebedürftig und 44,4 % leichter verletzt. Es gebe sehr viele Gefäß- und Amputationsverletzungen und auch für psychische Behandlungskapazitäten würde es einen erhöhten Bedarf geben. „Soweit Umsetzungen und Massnahmen gewählt werden, die zu einer Einschränkung des Versorgungsniveaus führen oder die Qualität der medizinischen Versorgung absenken ist eine Kommunikationsstrategie erforderlich, die die Massnahmen der Bevölkerung erklären... Ferner könnten KI-gestützte Systeme... Patienten bei der Entscheidung unterstützen, eine Behandlungseinrichtung aufzusuchen oder nicht. (Seite 37 Grünbuch 4.0). Artikel 12a (4) GG bestimmt: „Kann im Verteidigungsfall der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 55. Lebensjahr durch Gesetz zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden.“

Hier kann man das
Grünbuch ZMZ 4.0 herunterladen:
https://www.bund.de/cvwp-content/uploads/2023/03/29/088_Gruenbuch_ZMZ_digital.pdf



Der AK Frieden von verdi, Bezirk Stuttgart, sieht in der für 2026 geplanten Stationierung von Hyperschall-Mittelstreckenraketen in Deutschland eine deutliche Steigerung der Gefahr eines Atomkriegs in Mitteleuropa. Wir unterstützen deshalb den **Berliner Appell**, der diese Stationierung ablehnt. Hier kann man den Appell unterzeichnen: <https://nie-wieder-krieg.org/>



Berliner Appell

ViSdPR Dominik Bollinger verdi Bezirk Stuttgart, Willi-Bleicher-Strasse 20, 70174 Stuttgart

Das Grünbuch (Seite 44ff) sieht große **Herausforderungen für die Polizei**, wenn Teile der Zivilgesellschaft den Mentalitätswechsel zur Kriegstüchtigkeit nicht mitgehen

Wenn Deutschland Drehscheibe von Truppen- und Waffenverlagerungen wird, habe die **Polizei** folgendes zu erwarten: Spontan-Demonstrationen durch Friedensaktivisten und andere („vergleiche die Bauernblockaden 2024 der Bundesautobahnen“ Seite 44 Grünbuch). Sabotagehandlungen an Straßeninfrastruktur und Bahnanlagen. Staus auf Autobahnen durch Urlaubszeit oder Demonstrationen, Streik des Straßenunterhaltungspersonals, Blockaden auf Bahnstrecken („vergleiche Gorleben-Blockaden“). „Streik des Hafen/ Flughafenpersonals“. „Demonstrationen/Blockaden an den Autobahnauf- und -abfahrten“ vvm. (Seite 46 Grünbuch). Umgang mit Unruhen der Bevölkerung wegen Einschränkungen für den Öffentlichen Verkehr, eingeschränkte Versorgung, Schutz von Versammlungen und Demonstrationen.

Beschäftigten wird so per Arbeitsvertrag die aktive Teilnahme zur Kriegstüchtigkeit und Vorbereitung eines Krieges aufgezwungen.

Das Grünbuch ZMZ 4.0 fordert angesichts der Zumutungen für die Bevölkerung bei einer kriegerischen Auseinandersetzung der Nato, die Förderung eines **Mentalitätswechsels** zur Akzeptanz von Krisenszenarien und die Herstellung einer Opferbereitschaft in der Bevölkerung als Teil einer glaubwürdigen Abschreckung. Dazu gehören Schulungen zur Vorratshaltung und Vorbereitung auf Mangellagen und Werbung in Schulklassen. Allerdings verpflichtet die Landesverfassung von Baden-Württemberg in Artikel 12, dass die Jugend zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe zu erziehen sind.

Das Grünbuch fordert eine Stärkung der Resilienz, insbesondere für wichtige **Infrastruktur** zur Unterstützung der Streitkräfte. So steht in der Gesetzesbegründung für die 500 Milliarden € Infrastruktur-Mittel: „Die tatsächliche Fähigkeit, ein deutlich gesteigertes Verteidigungspotenzial auch zur Wirkung zu bringen, setzt die Verfügbarkeit einer ausgebauten, funktionstüchtigen und modernen Infrastruktur, zum Beispiel im Verkehrsbereich voraus.“

Und schließlich legt das Grünbuch mit der Warnung vor hybrider Kriegsführung und **Desinformationskampagnen** den Grundstein für den Generalvorwurf: „Wer uns nicht glaubt ist auf die Lügen Putins hereingefallen.“ Obwohl jeder weiß, dass bei der Vorbereitung und Durchführung eines Krieges auf allen Seiten gelogen wird.

Nach den **Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus** wurde im Grundgesetz eine konsequente Trennung zwischen den Aufgaben der **Polizei** und der **Bundeswehr** zum Schutz vor Militarisierung der inneren Sicherheit geregelt. Ebenso wurden die Aufgaben der Polizei und der **Geheimdienste** aus den Erfahrungen mit der Gestapo streng getrennt. Diese Trennung soll für die Kriegsvorbereitung offensichtlich aufgeweicht werden.

Dazu äußerst bedenkliche Überlegungen im Grünbuch ZMZ 4.0: Trainingseinheiten der Polizei mit der Bundeswehr. Enge Zusammenarbeit durch Einsatz der Bundeswehr zur Unterstützung der inneren Sicherheit oder der Polizei für die Absicherung der Truppentransporte. „Ausgestaltung“ des Trennungsgebots im Informationsaustausch zwischen Verfassungsschutz und Polizei für den Krisenfall. Klärung des Kombatanzenstatus der Polizei (Polizei - Teil der Streitkräfte und Recht unmittelbar an Feindseligkeiten teilzunehmen?). Schaffung ordnungspolizeilicher Befugnisse für Militärpolizei-Feldjäger. Verteilung der Befugnisse zwischen Bundeswehr-Heimatschutz und Polizei, Abstimmung mit beteiligten privaten Sicherheitsfirmen, Überwachung der Grenzen. Prüfung, ob Bundespolizei durch Militärpolizei-Feldjäger oder bereits eingesetzte Natostruppen unterstützt werden können. Prüfung erweiterter Befugnisse der Polizei, Zusammenarbeit mit den Nachrichtendiensten. In Erwartung von Cyberangriffen und Desinformationskampagnen Russlands und Chinas „ist eine systematische enge Abstimmung zwischen Nachrichtendiensten, Bundeswehr und Polizei...erforderlich.“ (Seite 43 Grünbuch) Die Bundeswehr stimmt den Operationsplan für Deutschland hinsichtlich der Auswirkungen auf die Innere Sicherheit mit der Bundes- und der Länderpolizeien ab (Seite 44).

Kompatibel zum Grünbuch wurde Nina Warken als **neue Bundesgesundheitsministerin** vorgestellt. Frau Warken hatte bisher als Juristin beruflich und politisch noch nichts mit Krankenhäusern zu tun. Sie war aber seit 2015 Präsidentin des THW BAWü, im Bundestag Berichterstatterin der Unionsfraktionen zu Zivil- und Katastrophenschutz und Mitglied des Gemeinsamen Ausschusses des Deutschen Bundestags, was im Verteidigungsfall das Notparlament ist.

NATO Aufmarsch gegen Russland oder wie ein neuer Kalter Krieg entfacht wird

Von Jürgen Wagner

Paperback: 5,99 Euro

Herausgeber: edition berolina

Erscheinungstermin: 12.12.2016

ISBN-10: 3958410561

ISBN-13: 978-3958410565

Nach dem offiziellen Ende der Blockkonfrontation mutierte die NATO von einem zumindest formal auf die Landesverteidigung ausgerichteten Militärbündnis zu einem globalen Kriegaakteur. Beim Versuch, das weltweite Gewaltmonopol an sich zu reißen, hinterließ sie in zahlreichen Ländern eine blutige Spur aus Chaos und Zerstörung. Parallel dazu ging sie auf einen antirussischen Expansionskurs, um so die westliche Vorherrschaft auf Dauer zu zementieren. Spätestens seit der Ukraine-Krise ist das belastete westlich-russische Verhältnis in einem Ausmaß eskaliert, dass es nicht mehr übertrieben scheint, von einem neuen Kal-

ten Krieg zu sprechen. Die NATO reagiert hierauf mit einer massiven Aufrüstung ihrer Ostflanke, verfolgt aber auch in anderen Regionen eine aggressive antirussische Politik. Bei diesem hochriskanten Spiel mit dem Feuer reklamiert die Bundesrepublik eine Führungsrolle für sich und befindet sich damit bei den Auseinandersetzungen mit Russland buchstäblich an vorderster Front. Im vorliegenden Buch zeichnet Jürgen Wagner, Experte für sicherheitspolitische Fragen, diese Entwicklung kritisch nach und beschreibt die Konturen, die zentralen Schauplätze und Triebfedern dieses neuen Kalten Krieges. Klar wird, das geht uns alle an!



Endlich: Prominente SPD-Politiker fordern eine andere Russland-Politik



<https://www.nachdenkseiten.de/?p=134311>

In einem „Manifest“ brechen SPD-Mitglieder öffentlich mit der gefährlichen und unsozialen Russland-Politik ihrer Parteiführung. Das ist aus zahlreichen Gründen gut und überfällig – unter vielem anderem, um das irre „Fünf(zig)-Prozent-Ziel“ der radikalen NATO-Militaristen noch zu verhindern. Ein Kommentar von Tobias Riegel.

In einem wichtigen und überfälligen Schritt fordern etliche prominente SPD-Politiker in einem aktuellen „Manifest“ Gespräche mit Russland und stellen sich damit gegen die Pläne von Regierung und SPD-Spitze, wie etwa der Stern berichtet. Der Text im Wortlaut findet sich unter diesem Link.

In dem Grundsatzpapier unter dem Titel „Friedenssicherung in Europa durch Verteidigungsfähigkeit, Rüstungskontrolle und Verständigung“ fordern die Sozial-

demokraten eine sofortige Kehrtwende in der Außen- und Sicherheitspolitik. So fordern die Verfasser Gespräche mit Russland als Alternative zur Aufrüstung der Bundeswehr, wie sie Verteidigungsminister Boris Pistorius plant. Zudem drängen sie darauf, die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen zu stoppen und erklären das „Fünf-Prozent-Ziel“ der NATO für „irrational“.

Wenn die Waffen schweigen: Gespräche mit Russland

Das Papier stellt sich gegen die Linie von Bundesregierung und SPD-Führung. „In Deutschland und in den meisten europäischen Staaten haben sich Kräfte durchgesetzt, die die Zukunft vor allem in einer militärischen Konfrontationsstrategie und hunderten von Milliarden Euro für Aufrüstung suchen“, heißt es in dem „Manifest“....

Es wurde inzwischen eine Petition gestartet, bei der Unterstützer des „Manifestes“ unterzeichnen können. Sie findet sich unter diesem Link: <https://www.openpetition.de/petition/online/unterstuetzung-des-manifests-der-spd-friedenskreise>

IMPRESSUM

Vorsitzender:

Joachim Bonatz

Postanschrift:

ISOR e. V.

Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin

Herausgeber: ISOR e. V.

Vi.S.d.P.: Steffen Haupt

Redaktion: Steffen Haupt

E-Mail: isor-aktuell-redaktion@t-online.de

Vertrieb: Peter Ott,

isor-berlin@t-online.de

Layout: Ulrike Schiga,

LibelleDeko

Herstellung:

Druckerei Gottschalk

Internet:

www.isor-sozialverein.de

ISOR aktuell dient der

Information von Mitgliedern

der ISOR e. V. und interessier-

ten Bürgern und kann nicht

bei Behörden als rechtsver-

bindliche Auskunft benutzt

werden. Bei namentlich

gekennzeichneten Beiträgen

sind die Autoren für deren

Inhalt verantwortlich. Die

Redaktion behält sich Sinn

wahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 17.06.2025

Print- und Internetausgabe:

01.07.2025

Redaktionsschluss der

nächsten Ausgabe: 22.07.2025

Geschäftsführerin: Anja Mewes

Di: 9-16 Uhr

Mi: nach telefon. Vereinbarung

Tel.: 030 297843-16

Fax: 030 297843-20

E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Rente/Soziales: Peter Ott

Di: 8-15 Uhr

Tel.: 030 297843-15

E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Schatzmeister und Statistik:

Bernd Hartmann (Home-Office)

Di: Termine im Büro

nach tel. Vereinbarung

Mi: 8-16 Uhr

Tel.: 03338- 750 76 92

Fax: 03338- 750 76 91

E-Mail: isor-finanz-stat@t-online.de

Buchhaltung: Sonja Franz,

Mo-Do: 8-15 Uhr

Tel.: 030 297843-19

E-Mail: isor-finanz2@t-online.de

Bankverbind.: Berliner Sparkasse

IBAN:

DE43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBXXX

Versand ISOR-Aktuell

per E-Mail:

isor-aktuell-versand@t-online.de